

Much, 05.03.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
 liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
 sehr geehrte Damen und Herren,

spätestens seit dem letzten Jahr war absehbar, dass sich die Haushaltssituation der Gemeinde auf Grund steigender Aufwendungen wesentlich verschlechtern würde. Es muss einen daher nicht verwundern, wenn der Haushalt 2024 wieder einmal mit einem negativen Ergebnis abschließt. Allerdings hat uns die voraussichtliche Höhe des Verlustes dann doch überrascht.

Der negative Trend bei den kommunalen Finanzen setzt sich damit ungebremst fort und fordert sowohl von der Politik als auch von der Verwaltung verstärkte Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung. Aber welche Maßnahmen kann oder muss man hierzu ergreifen. Der einfachste Weg der zu einem Haushaltsausgleich führen könnte wäre ja, wenn man die Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuern) erhöhen würde. Aus Sicht des Bürgers immer die schlechteste Lösung und daher kommt aus der Bürgerschaft auch immer die berechtigte Aufforderung zum Sparen. So leicht das Wort „Sparen“ einem auch über die Lippen kommt, so muss man doch erst einmal die Möglichkeit dazu haben, vor allem dann, wenn man keinen oder kaum Einfluss auf seine Ausgaben hat. Viele werden es aus ihrem privaten Leben kennen, die Einnahmen stagnieren oder erhöhen sich nur geringfügig, aber alles andere herum z. B. Kosten für Lebensmittel, Kleidung, Miete, Heizung und Strom stetig steigen, ohne dass man die Möglichkeit der Einflussnahme hat.

Vergleichbar ist die Situation unserer Gemeinde, die in vielen Bereichen gar keine oder nur beschränkte Möglichkeiten der Einflussnahme auf die anfallenden Kosten hat. Hierbei muss man nur an die in den letzten Jahren enorm angestiegenen Kosten für Energie und Löhne, sowie an die Zinsen für Verbindlichkeiten denken. Alles Aufwendungen, die unseren Haushalt auch in Zukunft erheblich belasten werden. Daneben gibt es ab 2024 auch nicht mehr die Möglichkeit, Pandemie bedingte Kosten und Aufwendungen für die Flüchtlinge aus der Ukraine zu isolieren.

Lässt man die vorgenannten Aufwendungen einmal außer Acht und prüft die verbleibenden Ausgaben daraufhin, ob und ggf. welche Einsparmöglichkeiten es noch gibt, wird man schnell auf die Kosten für Sanierungen und Investitionen stoßen.

Bei unseren ersten Beratungen über den Haushalt 2024 haben wir uns daher schwerpunktmäßig mit dem Bereich der Sanierungen und Investitionen befasst und unsere Fragen und Vorstellungen zur Fortführung von einzelnen Maßnahmen, zusammen mit Anmerkungen an die Verwaltung weitergereicht. In den darauffolgenden Gesprächen mit der Verwaltung zeichnete sich dann schon ab, dass bei einigen Maßnahmen unserer Vorstellungen von der Verwaltung mitgetragen wurden. Auf den ersten Blick war es daher aus unserer Sicht erfreulich, dass sich in der von unserem Kämmerer vorgelegten aktualisierten Investitionsliste, viele der von uns aufgezeigten Einsparmöglichkeiten in der Form wiederfanden, dass der Haushaltsansatz gestrichen wurde. Neben vielen Projekten, die schon Jahre in der Investitionsliste aufgeführt wurden, wird nun nach der aktualisierten Liste auch auf einen Ausbau der Verbindungsstrecke zwischen der B 56 und der Wahnbachtalstraße verzichtet. Auf mögliche Einsparungen bei einem Verzicht auf diese Maßnahmen oder bei einer Reduzierung der Ausbaumaßnahmen, hatten wir schon in einem Antrag vom August des letzten Jahres hingewiesen. Allerdings wurde unser Antrag seinerzeit von der Mehrheit des Rates und der Verwaltung noch abgelehnt.

Bei einem zweiten Blick auf die Liste ist die erste Freude über die aktualisierte Investitionsliste aber schnell wieder verfliegen, da diese Liste neue Investitionskosten in nahezu gleicher Höhe ausweist. Investitionskosten, die bei näherer Betrachtung vermuten lassen, dass sie im Jahre 2024 voraussichtlich nicht mehr umgesetzt werden können und dem zu Folge den Haushalt 2024 auch nicht belasten werden.

Ihr Vertrauen ist unser Antrieb: CDU-MUCH

Ein Vorgang den wir schon in Zusammenhang mit den Beschlüssen zu den Haushalten 2022 und 2023 angemahnt haben, da diese Aufwendungen zu einer Vielzahl von zukünftigen Ermächtigungsübertragungen und fiktiven Ausgaben im aktuellen Haushaltsentwurf führen. Daneben suggerieren sie zum Ausgleich des Haushaltes einen höheren Bedarf an Einnahmen aus den Realsteuern. Bezüglich der Anzahl der Projekte und der Höhe der vorgetragenen Summen, die von Jahr zu Jahr als Ermächtigungsübertragungen vorgetragen werden, verweise ich auch auf den letztjährigen Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt.

Auch wenn es immer wieder Projekte geben wird, die eine Ermächtigungsübertragung rechtfertigen, muss aus unserer Sicht langfristig aber die Anzahl der Projekte auf ein Maß reduziert werden, dass diese auch auf Grund der personellen Situation in der Verwaltung zeitnah umsetzbar sind. Hier denke ich vorrangig auch an den Straßen- und Wegeausbau, der auf 2 – 3 Projekte je Jahr beschränkt werden sollte. Im Ergebnis wird dies aus unserer Sicht dazu führen, dass die Höhe der für einen Haushaltsausgleich erforderlichen Realsteuern besser eingeschätzt werden kann und einzelne Projekte zeitnaher abgearbeitet werden können.

Neben den Projekten, die wir erneut daraufhin prüfen müssen, ob sie erforderlich sind und ob man vielleicht bei deren Ausführung Einsparungen vornehmen kann oder muss, gibt es die Projekte z. B. Kindertageseinrichtungen und Schulen die für uns Priorität haben und bei denen wir nicht bereit sind Abstriche zu machen. So sind die erforderlichen Anbauten an die Grundschulen in Much und Marienfeld, denen man auf Grund höherer Schülerzahlen und gestiegen gesetzlichen Anforderungen nachkommen muss, so zu gestalten, dass sie auch künftigen Anforderungen standhalten können. An dieser Stelle zu sparen wäre ein falsches Signal, da Bildung das Wichtigste ist, was wir unseren Kindern und Enkelkindern vermitteln können. Eine gute Bildung schafft die Grundlage für ein späteres selbstbestimmtes Leben und fördert daneben Toleranz und Integration.

Ebenso hat die Ausstattung der Feuerwehr für uns oberste Priorität, da viele ehrenamtliche Feuerwehrkameradinnen und – kameraden täglich für unsere Sicherheit da sind. So werden erforderliche Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und der überfällige Neubau eines Feuerwehrhauses in Much von uns grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Allerdings wird man sich auf Grund der Haushaltssituation auch hier in Zukunft die Fragen stellen müssen, ob Einsparungen möglich sind. In Bezug auf das Feuerwehrgebäude in Much haben wir unsere Vorstellungen in einem Antrag zum Haushalt zum Ausdruck gebracht. Hier favorisieren wir z. Zt. die Errichtung eines Feuerwehrhauses in Marienfeld, das neben den ständig in Marienfeld stationierten Fahrzeugen auch weitere nicht für einen Ersteinsatz erforderliche Fahrzeuge aus Much aufnehmen kann, sowie Räumlichkeiten für diverse Nutzungen für die gesamte Feuerwehr enthält. Mit den v. g. Maßnahmen vermindert sich aus unserer Sicht der Platzbedarf für ein neues Feuerwehrhaus in Much und ermöglicht in günstigsten Fall, dass der heutige Standort in Much beibehalten werden kann, was zu erheblichen Einsparungen führen kann.

In meiner Haushaltsrede darf auch in diesem Jahr ein Hinweis auf die Sülzberghalle nicht fehlen, für deren Erhaltung einmal mehr einige Hunderttausend Euro an Sanierungskosten vorgesehen sind. Auch wenn diese Sanierungsmaßnahmen umgesetzt werden sollten, haben wir immer noch keine Versammlungsstätte in Much, die vielen Vereinen die Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen würde. Vor Ausführung der Sanierungen sollte daher erst einmal geprüft, welche weitere Aufwendungen in Zukunft erforderlich sind, insbesondere in Bezug auf eine zukünftige Nutzung als Versammlungsstätte. Bei den Beratungen über den Haushalt haben wir daher einen entsprechenden Prüfantrag gestellt.

Die in der Summe vorgenommenen Streichungen bei den Investitionsmaßnahmen werden letztendlich auch nicht dazu führen, dass wir unseren Haushalt ausgleichen können. Allerdings ist es ein erster Schritt zur Verminderung der Ausgaben.

Ihr Vertrauen ist unser Antrieb: CDU-MUCH

Bei allem Sparwillen werden wir uns daher auch weiterhin mit der Erhöhung von Benutzungsgebühren und der Realsteuern befassen müssen. In welche Höhe z. B. die Hebesätze in Zukunft steigen werden, wird sicher nicht nur von der Politik in Much entschieden. Hier werden viele andere, nicht von uns beeinflussbare Faktoren auch eine Rolle spielen. Entscheidend wird dabei aber sein, ob gerade der Bund und das Land ihren Verpflichtungen gegenüber den Kommunen endlich gerecht werden und die Finanzmittel zur Verfügung stellen, die z. B. zur Erfüllung der Leistungen in der Flüchtlingshilfe, bei den Asylbewerbern und dem Ausbau der Schulen etc. erforderlich sind.

Um in Zukunft einen Haushaltsausgleich zu schaffen, wird man sicher noch viele Ideen einbringen aber auch Mut zu unpopulären Entscheidungen aufbringen müssen. Sicher gehören hierzu auch Entscheidungen zu der Anpassung von Hebesätzen, allerdings müssen diese in Bezug auf die Leistungsfähigkeit der meisten unserer Bürgerinnen und Bürger realistisch bleiben. Die von Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Erhöhungen bei den Hebesätzen, die z. B. bei der Grundsteuer mindestens zu einer Verdoppelung der Abgaben geführt hätte, lehnen wir allerdings ab.

Einzelne pauschale Forderungen z. B. zu Aufwands- und Leistungsreduzierung oder gemeinsamen verpflichtenden Beratungen in den Ausschüssen, können zwar hilfreich sein, werden aber nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit letztendlich nicht die Lösung sein. Aus unserer Sicht müssen daher konkrete Maßnahmen für Einsparungen, auch wenn sie unpopulär sind und vielleicht nicht immer den eigenen ideologischen Vorstellungen entsprechen, beim Namen genannt und zur Disposition gestellt werden.

Auch wenn uns die Entwicklung der gemeindlichen Finanzen großen Sorgen bereiten, werden wir dem Haushalt für 2024 und der Haushaltskonsolidierung zustimmen, zumal wir durch die Streichung einiger Projekte, auch wenn dies auf den ersten Blick nicht für alle sichtbar sein dürfte, Einsparungen erzielt haben. Sicher nicht in dem Umfang, der für einen Haushaltsausgleich erforderlich ist, aber mit kleinen Schritten kann man auch ein Ziel erreichen.

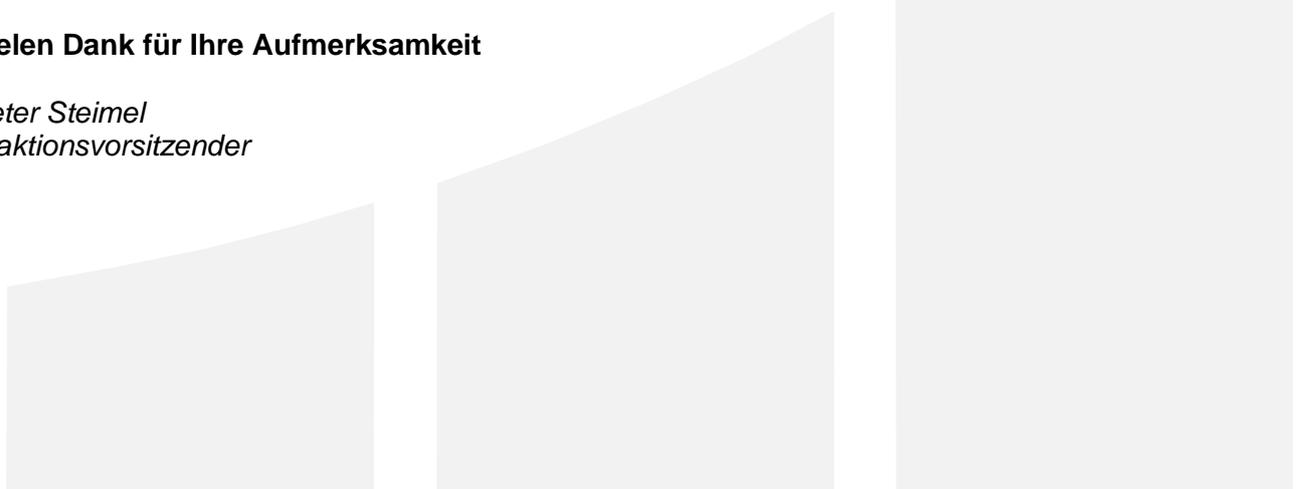
Wie in den vergangenen Jahren verweise ich in Bezug auf die isolierten Aufwendungen darauf, dass wir uns eine abschließende Prüfung der Frage, ob diese einmalig oder ratierlich aufgelöst werden sollen, vorbehalten.

Ebenso sehen wir in der, in der Haushaltskonsolidierung dargestellten Entwicklung der Realsteuern nur einen reinen Planungsansatz.

Zum Schluss möchte ich mich noch bei unserem Kämmerer, Herrn *Christopher Salaske*, seinem Stellvertreter *Stephan Lang* und allen weiteren an der Haushaltsaufstellung beteiligten Personen für die uns erteilten Informationen und die dabei aufgebrauchte Geduld ganz herzlich bedanken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Peter Steimel
Fraktionsvorsitzender



Ihr Vertrauen ist unser Antrieb: CDU-MUCH